

Stellungnahme des Kunsthistorischen Studierendenkongresses (KSK) zur existenziellen Bedrohung der Architekturgeschichte an den kunst- historischen Instituten Berlins

Nach unseren aktuellen Informationen droht spätestens 2029 die Abschaffung der Lehrstühle für Architekturgeschichte an den kunsthistorischen Instituten Berlins. Betroffen sind die Humboldt-Universität, die Technische Universität und die Freie Universität. Ein Beitrag in der Kunstchronik sowie ein offener Brief an die Präsidien und Dekanate dieser Fakultäten haben bereits auf die Problematiken hingewiesen, die mit dem Verlust der Professuren für Architekturgeschichte an kunsthistorischen Instituten in Verbindung stehen. Anlässlich der aktuellen Entwicklungen können auch wir als Vollversammlung der Studierenden der Kunstgeschichte und Kunstwissenschaften des deutschsprachigen Raumes nicht schweigen und positionieren uns entschieden gegen diesen Eingriff in unsere Disziplin.

Die Architekturgeschichte ist ein selbstverständlicher Bestandteil der kunsthistorischen Lehre. Sie ist kein optionales Ergänzungsmodul und auch kein separates Nebenfach, sondern ein konstitutiver und unverzichtbarer Kernbestandteil der Kunstgeschichte. Ohne architekturhistorisches Fachwissen verlieren wir als Studierende die Kompetenz, Kunstwerke in ihrem räumlichen und historischen Kontext zu begreifen und zu analysieren. Aus diesem Grund gehört das architekturhistorische Studium in den Kunstwissenschaften zu den curricularen Standards. Zudem ermöglicht es die fachlich vertiefte Untersuchung der soziokulturellen, ästhetischen und historischen Dimensionen des Bauens und ist daher nicht mit der gelehrten Architektur- und Baugeschichte an Architekturfakultäten gleichzusetzen. Darüber hinaus zeichnet sich die Lehre der Architekturgeschichte an kunstwissenschaftlichen Instituten insbesondere durch ihren direkten Bezug zum Original aus: Professor*innen für Architekturgeschichte führen uns im Rahmen ihrer Seminare und Exkursionen zu historischen Bauwerken, um deren Geschichte vor Ort zu vermitteln und gemeinsam mit uns zu analysieren. Dementsprechend macht die lokale Verankerung ihres Wissens ihre Expertise an kunsthistorischen Instituten unersetzlich.

Bedauerlicherweise ist anzunehmen, dass mit den Professuren für Architekturgeschichte auch die Stellen von studentischen Hilfskräften und wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen verlorengehen, die an ihren Lehrbereichen beschäftigt sind. In der Folge würden Karrierewege des wissenschaftlichen Nachwuchses blockiert werden. Angesichts dessen ist es inakzeptabel, dass die betroffenen Studierenden und Nachwuchswissenschaftler*innen, die im Kontext der Umstrukturierungsmaßnahmen eine Verschlechterung ihrer beruflichen und akademischen Perspektiven erfahren, kaum oder gar nicht in die Entscheidungsprozesse zur Aufteilung der finanziellen Kürzungen des Berliner Senats eingebunden werden. Ferner erwarten wir, dass mit der Durchsetzung der aktuellen Kürzungsmaßnahmen ein Fachkräftemangel riskiert wird, der den wissenschaftlichen Diskurs zur Berliner Architektur auf wenige Stimmen reduzieren könnte. Auch möchten wir darauf hinweisen, dass die geplanten Streichungen den Schluss zulassen, dass Berlin seiner Fürsorgepflicht für das eigene architektonische Erbe nicht im ausreichenden Maß nachkommen wird. Aus den genannten Gründen ist der geplante Stellenabbau akademisch nicht vertretbar und wäre ein gravierender Verlust für Berlin, dessen Kulturlandschaft auf qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs angewiesen ist.

Wir finden es skandalös, dass ausgerechnet in Berlin jede Möglichkeit, sich abseits des reinen Architekturstudiums mit der Geschichte der gebauten Umwelt auseinanderzusetzen, wegfallen soll. Berlin verfügt mit seiner Baugeschichte über ein einzigartiges architekturhistorisches Archiv, das die Geschichte der Bundesrepublik und die der Deutschen Teilung und ihrer Überwindung widerspiegelt. Ob Fernsehturm, Brandenburger Tor, Museumsinsel, Karl-Marx-Allee, Straße des 17. Juni, Reichstag, Potsdamer Platz, Messegelände, Alexanderplatz oder Gedächtniskirche: Bauten und Plätze wie diese sind mehr als historische Denkmäler. Sie sind lebendige Zeugnisse, die durch die wissenschaftliche Arbeit von Architekturhistoriker*innen die Geschichte der Vergangenheit bewahren und die Zukunft der Stadt mitgestalten. Sie ermöglichen den Dialog zwischen den Generationen und zwingen uns, die Widersprüche der Geschichte sichtbar zu machen und sie als Fundament für eine reflektierte Zukunft zu nutzen. Die geplanten Etatkürzungen gehen daher weit über die Hörsäle hinaus und treffen den Kern der kulturellen und historischen Identität Berlins. Wir fragen uns: Wie können die Transformationsprozesse unserer Städte intellektuell begleitet werden, wenn die dafür benötigte Expertise fehlt? Wie kann das architekturhistorische Wissen nachhaltig an die folgenden Generationen weitergegeben werden? Und welche Auswirkungen hat es langfristig auf die gebaute Umwelt, wenn an der Wissenschaft der Architekturgeschichte gespart wird? Trotz der einzigartigen Bedeutung der Architekturgeschichte für Berlin bieten die FU und die TU nach unserem aktuellen Kenntnisstand keine Zukunftsperspektive für diese Lehrstühle an ihren kunsthistorischen Instituten. Nun stehen an der Humboldt-Universität Entscheidungen zum konkreten Kürzungskonzept an, die weitreichende strukturelle Konsequenzen für das Institut für Kunst- und Bildgeschichte und für Berlin als Hochschulstandort haben werden. Wenn die HU die Stelle der Professur für Architekturgeschichte behalten würde, könnte sie sich ein Alleinstellungsmerkmal sichern und verhindern, dass kleinere Institute wie das IKB zusätzlich belastet werden. Stattdessen ist zu erwarten, dass das aktuelle Kürzungsprogramm der HU – gepaart mit der geplanten Schließung des Instituts für Archäologie – den eigenen Studienstandort unattraktiver machen wird. Zahlreiche Studierende wählen bewusst den kunstwissenschaftlichen sowie den architekturhistorischen Schwerpunkt an der zentral gelegenen Berliner Universität und kombinieren ihn in unmittelbarer Nähe zur Museumsinsel mit dem Studium der Archäologien. Ihre Abkehr droht die Studierendenzahlen an der Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftliche Fakultät sinken zu lassen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen entsteht der Eindruck, dass die Berliner Hochschulen ihre Kürzungsprogramme weitgehend unabhängig voneinander planen. Damit besteht das Risiko, dass sie nach Verabschiedung ihrer Kürzungskonzepte einen geisteswissenschaftlichen Flickenteppich zurücklassen, anstatt eine koordinierte Strategielinie zu verfolgen. Werden die aktuellen Kürzungskonzepte nicht erneut beraten oder revidiert, befürchten wir die Schaffung gefährlicher Präzedenzfälle, die sich auf andere kunsthistorische Institute im deutschsprachigen Raum übertragen könnten. Zudem rechnen wir damit, dass Berlins Ruf als internationaler Wissenschaftsstandort nachhaltig beschädigt wird und dass sich immer mehr Studierende gegen ein Studium der Kunst- und Bildgeschichte in Berlin entscheiden werden. Bereits jetzt erreichen uns Berichte von Studierenden, die angesichts der aktuellen Situation nicht mehr in Berlin studieren wollen. Um dieser Tendenz entgegenzuwirken, empfehlen wir den Berliner Fakultäten und Universitäten, auch jetzt noch solidarisch Widerstand gegen die Kürzungen des Berliner Senats zu leisten und gemeinsam sowie in Abstimmung mit allen Betroffenen neue Beratungsgespräche aufzunehmen, um rechtzeitig faire und nachhaltige Lösungskonzepte entwickeln zu können.

Der Kunsthistorische Studierendenkongress (KSK)

i. V. der Studierenden der Kunstgeschichte und Kunstwissenschaften des deutschsprachigen Raumes